

- **SPD-Bürgerschaftsfraktion will Verhandlungsrechte für Beamtinnen und Beamte**
- **Bernward Beschorner, Vorsitzender des ver.di-Landesbezirksbeamtenausschusses: Ein positives und wohltuendes Signal an die Bremer Beamtinnen und Beamten.**

Die **SPD-Bürgerschaftsfraktion** (Landtagsfraktion) in Bremen hat am **19. März 2007** einen **Gesetzentwurf beschlossen**, der die Normierung von Verhandlungsrechten für die Beamtinnen und Beamten, vertreten durch die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, im Bremischen Beamtengesetz vorsieht. Damit wird die Initiative des DGB Land Bremen **Verhandeln statt Verordnen** (siehe "kurz & bündig" Nr. 22/2006, 01/2007) aufgegriffen mit der Absicht, die von uns vorgeschlagenen Inhalte in konkretes Landesbeamtenrecht umzusetzen.

Der Vorsitzende des Landesbezirksbeamtenausschusses Niedersachsen-Bremen **Bernward Beschorner** würdigte das Vorhaben der SPD-Fraktion als ein außerordentlich positives, aber auch wohltuendes Signal an die Bremer Beamtinnen und Beamten. Der Entwurf ist ein konstruktiver Beitrag zur Weiterentwicklung des Beamtenrechts.

Damit werden die Rechte der Beamtinnen und Beamten gestärkt und neue Möglichkeiten einer aktiven gewerkschaftlichen Gestaltung der Arbeits- und Bezahlungsbedingungen eröffnet - wie sie übrigens im Tarifbereich seit jeher gängige und erfolgreiche Praxis sind.


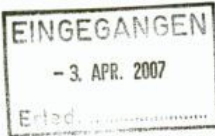
Der DGB, die GdP, GEW und ver.di hatten - auf der Basis der DGB-Vorschläge (**Bremer Modell**) - bereits Anfang des Jahres Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerschaftsfraktionen (SPD, CDU und GRÜNE) geführt. Ein zusätzliches Gesprächsangebot von ver.di an die CDA (Arbeitnehmerschaft der CDU) zur weiteren Erörterung wurde bedauerlicherweise nicht genutzt.

Nur die SPD war bislang bereit, das gewerkschaftliche Ansinnen aufzugreifen und in konkretes Handeln umzusetzen. Wir hoffen, dass auch die CDU ihre Haltung überdenkt und sich der Initiative anschließt. Ein konkreter Gesetzentwurf liegt vor.

Nur die SPD war bislang bereit, das gewerkschaftliche Ansinnen aufzugreifen und in konkretes Handeln umzusetzen. Wir hoffen, dass auch die CDU ihre Haltung überdenkt und sich der Initiative anschließt. Ein konkreter Gesetzentwurf liegt vor.

Hans-Joachim Reimann
Landesbezirksbeamtensekretär

Rückfragen über E-Mail: hans-joachim.reimann@verdi.de

DGB Region Bremen – Bremerhaven
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Bremen, 29. März 2007

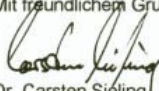
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf der Grundlage gemeinsamer Gespräche zwischen Gewerkschaften und SPD-Bürgerschaftsfraktion hatten wir gemeinsam mit GewerkschaftsvertreterInnen die Möglichkeiten erörtert, wie die durch die Föderalismusreform auf die Länder übertragenen Handlungsspielräume im Beamtenrecht zeitnah genutzt werden sollen. Wir sind gemeinsam zu der Auffassung gekommen, dass es einer Initiative bedarf, die für Bremens Beamtinnen und Beamte Teilhabe verbessert sowie die Normierung und Verankerung von Verhandlungsrechten im bremischen Beamtengesetz sicherstellt.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat in ihrer Sitzung am 19. März einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen, der in weiten Teilen das Positionspapier des DGB aufgreift. Diese Gesetzesinitiative wurde an unseren Koalitionspartner, die CDU-Bürgerschaftsfraktion, übermittelt. Die CDU hat uns bereits mitgeteilt, dass sie nicht bereit ist, als Koalition einen derartigen Gesetzentwurf in der Bremischen Bürgerschaft mit zu beschließen.

Deshalb wird vor dem Ablauf der Wahlperiode unser Gesetzentwurf keine Gesetzeskraft erlangen, weil er keine parlamentarische Mehrheit findet.

Wir Sozialdemokraten bleiben bei unserer Position für den Ausbau der Beteiligungsrechte und für stärkere Partizipation der Beamtinnen und Beamten. Wir gehen davon aus, dass unser Gesetzentwurf nach der Wahl und der Regierungsbildung parlamentarische Beschlusslage wird.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Carsten Sieling

DER VORSITZENDE

SPD - Bürgerschaftsfraktion Land Bremen Telefon : (0421) 3 36 77 - 0 Internet : www.spd-bremen.de
Wachtstraße 27/29 - 28195 Bremen Telefax : (0421) 32 11 20 E-mail : spd-fraktion@spd-bremen.de